



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Kolumbien – Januar bis Juni 2022

01. Juli 2022

03. Januar 2022

Kongress stimmt neuem Sicherheitsgesetz zu

Am 22.12.21 hat der Kongress einem von der Regierung eingebrachten neuen Sicherheitsgesetz (Ley de Seguridad Ciudadana) zugestimmt. Die zum Inkrafttreten notwendige Unterzeichnung des Gesetzes durch Staatspräsident Duque ist Medienberichten zufolge nur noch Formsache. Das Gesetz soll künftig in Form von 68 Artikeln erweiterte staatliche Eingriffe zur Bekämpfung von Kriminalität ermöglichen und dadurch laut Angaben des Verteidigungsministers Diego Molano u.a. die Effizienz der Justiz verbessern. Gegner des Gesetzes kritisieren dieses jedoch als weitere Kriminalisierung und Stigmatisierung von Demonstrationen und Form zivilgesellschaftlicher Unterdrückung. Die enthaltene gesetzliche Grundlage zur privilegierten legitimen Selbstverteidigung ist umstritten ebenso wie die Kategorisierung der Behinderung staatlicher Sicherheitskräfte während Demonstrationen als „Akte des Vandalismus“. Der oppositionelle Senator Roy Barreras kündigte mit der Begründung, das Gesetz „legitimiere Selbstjustiz, legalisiere Formen des städtischen Paramilitarismus und erlaube die Erschießung junger Menschen“ deshalb eine Klage vor dem Verfassungsgericht an.

10. Januar 2022

Terroranschlag in Cali

Am 07.01.22 sind im Bezirk Puerto Rellena in Cali bei einem terroristischen Angriff, zu dem sich die nationale Befreiungsarmee (ELN) am 08.01.22 bekannte, mindestens dreizehn Angehörige der Polizei verletzt worden. Laut Angaben des Sicherheitschefs von Cali, Oberst Soler Parra, ist dafür ein ferngesteuerter Sprengsatz an einem Fahrzeug der Sicherheitskräftesondereinheit Escuadrón Movil Antidisturbios (ESMAD) angebracht worden. Im Anschluss hat Verteidigungsminister Molano die Aussetzung einer Belohnung auf den Anführer des städtischen Flügels der ELN, El Rolo, von 1 Mrd. COP (ca. 220.000 EUR, Stand: 10.01.22) verkündet.

Bewaffnete Zusammenstöße zwischen ELN-Kämpfern und FARC-Dissidenten

Laut Verteidigungsministerium sind bei bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Kämpfern der nationalen Befreiungsarmee (ELN) und FARC-Dissidenten (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) in der Region Arauca im kolumbianisch-venezolanischen Grenzgebiet am 02.01.22 mindestens 23 Menschen getötet worden, andere Quellen sprechen von bis zu 27 Todesopfern. Von den bisher identifizierten Leichen seien zwei Minderjährige, zwei Führungspersonen der 10. Front der FARC-Dissidenten sowie sieben venezolanische Staatsangehörige. Zudem sind 52 Familien aufgrund des Konflikts gewaltsam vertrieben worden. Staatspräsident Duque entsandte in Anbetracht dieser Umstände mehr als 620 Militäranghörige in die Region. Gemäß Angaben des kolumbianischen Verteidigungsministers Molano ist der Konflikt auf venezolanischem Staatsgebiet entstanden und breitete sich dann nach Kolumbien aus, sein venezolanischer Amtskollege weist dies zurück.

17. Januar 2022

Femizide und geschlechtsspezifische Gewalt (GBV)

Laut Angaben der NGO Fundación Feminicidios Colombia sind im Jahr 2021 mindestens 267 Frauen Opfer eines Femizids geworden. Die Organisation kritisiert zudem die soziale Akzeptanz geschlechtsspezifischer Gewalt.

Tötungen Menschenrechtsverteidiger 2021

Laut Angaben des Hochkommissariats für Menschenrechte der Vereinten Nationen (OHCHR) vom 13.01.22 konnten bisher 78 von 202 im Jahr 2021 angezeigten Fällen getöteter Menschenrechtsverteidiger verifiziert und bestätigt werden, 85 weitere Fälle seien uneindeutig, 39 würden noch geprüft. Die NGO Indepaz spricht für das Gesamtjahr 2021 von 169 getöteten Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten.

Hunger und Ernährungsunsicherheit

Laut eines Berichts des nationalen Netzwerks der Lebensmittelbanken (Abaco) und der Kammer der Lebensmittelindustrie des Nationalen Verbands der Unternehmer (Andi) sind mehr als 550.000 Kinder unter fünf Jahren chronisch unterernährt, etwa 54 % der Bevölkerung litten an Ernährungsunsicherheit. Die Nahrungsmittelknappheit betrifft insbesondere die Regionen Orinoco, Amazonas, La Guajira in der Atlantikregion sowie Chocó, Cauca und Nariño in der Pazifikgegend, wovon die indigene Bevölkerung wiederum gemäß den Statistiken besonders stark betroffen ist. Zur Verschlechterung der Situation haben u.a. die Vertreibung durch bewaffnete Gruppen in Gegenden mit hohen Anteilen an Subsistenzwirtschaft sowie vor allem die COVID-19-Pandemie beigetragen.

24. Januar 2022

Indigener Minderjähriger und Umweltschutzaktivist getötet, insgesamt neun tote soziale Führer 2022

Am 14.01.22 sind der 14-jährige indigene Umweltschutzaktivist Breiner David Cucuñame sowie zwei weitere Angehörige der indigenen Nasa bei einer unbewaffneten Patrouille zum Schutz indigener Territorien in Cauca getötet worden. Die NGO La Asociación de Cabildos Indígenas del Norte del Cauca (ACIN) beschuldigt FARCDissidenten der Tat. Laut Angaben der Organisation Indepaz sind inklusive des am 20.01.22 in Barbacoas, Nariño, getöteten Libardo Castillo Ortiz im Jahr 2022 bereits neun soziale Führer und Menschenrechtsverteidiger getötet worden, seit dem Friedensabkommen mit der FARC im Jahr 2016 sind es insgesamt 1.295.

Konflikt in Arauca – Autobombe gezündet

Am 19.01.22 sind in Saravena im Departement Arauca durch eine Autobombe eine Person getötet sowie fünf weitere verletzt worden. Zudem sind zahlreiche Geschäfte und Häuser durch die Explosion beschädigt oder zerstört worden. Am 20.01.22 hat die kolumbianische Regierung deshalb nächtliche Ausgangsbeschränkungen für die Gemeinden Arauca, Arauquita, Fortul und Saravena verhängt und zahlreiche weitere Sicherheitsmaßnahmen beschlossen. Laut Verteidigungsminister Molano hätten geheimdienstliche Informationen ergeben, dass die Urheber des Anschlages FARC-Dissidenten, vermeintlich der Frente 10, seien, welche sich seit einigen Wochen verstärkt in Revierkämpfen mit der ELN um die Vormachtstellung an der Grenze zu Venezuela befänden.

31. Januar 2022

Drei Verletzte bei Angriff in Cali, Nationale Ombudsstelle warnt vor Zunahme der Gewalt in der Stadt

Laut Angaben des städtischen Sicherheitssekretärs, Carlos Soler, sind bei einem Angriff auf eine Polizeistreife in Cali am 28.01.22 zwei Polizisten und eine Zivilperson durch eine Explosion verletzt worden. Bereits am 14.01.22 hatte die nationale Ombudsstelle eine offizielle Warnung (alerta temprana) vor der Ausbreitung der Gewalt in der Hauptstadt des Valle del Cauca, Cali, veröffentlicht. In der südwestlichen Provinz konkurrieren nicht nur die Nationale Befreiungsarmee (ELN) sowie verschiedene FARC-Dissidentengruppen um Einfluss, sondern auch diverse narcoparamilitärische Akteure. Der Bürgermeister von Cali, Jorge Iván Ospina, macht vor allem die strategische Lage und relative Nähe zu großen Koka- und Marihuana Anbauflächen für die Präsenz einer Vielzahl bewaffneter Gruppen in der Stadt verantwortlich. In den letzten Wochen wurde deshalb erneut die Präsenz von Polizei und Militär in den ländlichen Gegenden der Region sowie in Cali verstärkt.

Angriff in Caquetá: Zwei Polizeibeamte getötet

Laut Angaben der Nationalpolizei sind bei einem Angriff am 29.01.22 auf den Konvoi des Gouverneurs von Caquetá, Arnulfo Gasca, nahe der Gemeinde Solano mindestens zwei Polizisten durch einen Sprengkörper getötet, mindestens vier weitere verletzt worden. Ersten Medienberichten zufolge sollen FARC-Dissidenten für die Tat verantwortlich sein.

FARC-Dissidenten: Euclides España (alias Jhonnier) von staatlichen Sicherheitskräften getötet

Am 24.01.22 hat Staatspräsident Duque verkündet, dass einer der Anführer der im Südwesten des Landes operierenden FARC-Dissidenten, Euclides España (alias Jhonnier), bei einer gemeinsamen Operation von Militär, Nationalpolizei und Staatsanwaltschaft in der Gemeinde Tacueyó in der Provinz Cauca getötet worden ist. Jhonnier sei als Anführer des Comando Coordinador de Occidente für verschiedene Untergruppen mit engen Verbindungen zu Gentil Duarte und Iván Mordisco sowie starker Präsenz in den Regionen Cauca und Nariño verantwortlich gewesen.

Drei Angriffe auf Militärbasen, Angriff auf Konvoi der UN-Verifikationsmission

Am 26./27.01.22 ereigneten sich drei Angriffe mit Sprengkörpern auf staatliche Militärbasen in verschiedenen Provinzen des Landes. Am 27.01.22 hat sich die ELN zu den Anschlägen bekannt, bei denen ein Soldat getötet sowie mehr als 20 weitere verletzt worden sind. Während bei dem Angriff auf die Militärbasis Chiriguana in der nördlichen Provinz Cesar das einzige Todesopfer sowie ein Verletzter registriert worden sind, sind in derselben Provinz auf der Militärbasis Aguachica bei vier Explosionen zwei Personen schwer, 18 leicht verletzt worden. Bei dem dritten Angriff auf die Basis der Streitkräfte in Ocaña, Norte de Santander, wurde ein Soldat verletzt. Des Weiteren sind am selben Morgen auch jeweils eine Polizeistation in Pailitas, Cesar sowie in Convención, Norte de Santander angegriffen worden. Eine Person wurde laut Angaben von Verteidigungsminister Molano leicht verletzt, die Angriffe schrieb sein Ministerium ebenfalls der ELN zu. Zudem sei es zu Angriffen gegen die Polizei in der Gemeinde Remedios in Antioquia sowie in Bucalagrande und Tuluá in Valle del Cauca gekommen. Am 27.01.22 sind zudem drei Fahrzeuge der UN-Verifikationsmission in der Provinz Guaviare von maskierten, bewaffneten Unbekannten angegriffen worden. Zwei Fahrzeuge wurden verbrannt, die Fahrzeuginsassen, die zuvor zum Verlassen der Wagen aufgefordert worden waren, blieben unverletzt. Die UN-Verifikationsmission verurteilte in diesem Zusammenhang die anhaltende Gewalt in den Gebieten, die eigentlich für die Umsetzung des FARCFriedensabkommens vorgesehen sind.

07. Februar 2022

Verkündung einer neuen Drogenbekämpfungsstrategie

Am 03.02.22 hat Verteidigungsminister Molano in Cartagena die neue Drogenbekämpfungsstrategie „Esmeralda“ der Regierung vorgestellt. In deren Rahmen soll die Kontrolle im virtuellen Raum verstärkt werden, um dort den Drogenhandel beispielsweise auch durch die Blockierung von Finanztransaktionen krimineller Gruppierungen stärker einzudämmen. Durch Künstliche Intelligenz soll zudem der Verkauf und Handel von chemischen Inhaltsstoffen, die für die Drogenproduktion benötigt werden, stärker überwacht werden. Kolumbien ist einer der größten Kokainproduzenten weltweit, in diesem illegalen Geschäftsfeld sind diverse nicht-staatliche bewaffnete Gruppen aktiv, darunter die ELN-Guerilla, verschiedene FARC-Dissidentengruppen sowie paramilitärische Gruppierungen, wie die ACG, oder kriminelle Banden und transnational agierende Kartelle. Zwar gelang es im Jahr 2020 die Anbauflächen zu reduzieren, jedoch stieg die Produktion dennoch auf 1.228 Tonnen jährlich an.

Regierung gerichtlich zum Schutz ehemaliger FARC-Kämpferinnen und -Kämpfer verpflichtet

In einem am 28.01.22 veröffentlichten Urteil hat das Verfassungsgericht die Regierung aufgefordert, die „Grundrechte auf Leben, persönliche Freiheit und Frieden“ von ehemaligen FARC-Kämpferinnen und Kämpfern zu schützen, die im Zuge des Friedensabkommens 2016 ihre Waffen niedergelegt haben. Bislang wurden 300 solcher Ehemaliger ermordet. Die Kammer hat aufgrund verletzter Sicherheitsgarantien und unzureichender Aktivität des Staates gegenüber diesen Personen einen „verfassungswidrigen Zustand“ ausgerufen und die Regierung zu 10 diversen Maßnahmen verpflichtet ebenso wie die für entsprechende Programme zuständige nationale Schutzeinheit (Unidad Nacional De Protección, UNP). Eine neue Sonderkammer des Gerichts (Sala Especial de

Seguimiento) soll die Umsetzung des Urteils künftig beobachten und die staatlichen Fortschritte in Bezug auf den Schutz ehemaliger FARC-Mitglieder überprüfen.

Gewalt in der Region Cauca: Getötete Menschenrechtsverteidigende und Massaker

Am 04.02.22 ist in El Tambo, Cauca, laut Angaben der NGO Indepaz mit dem indigenen, sozialen Anführer Ovidio Alemeza Yantén der insgesamt 20. Menschenrechtsverteidigende und soziale Anführer (líder social) 2022 in Kolumbien sowie der sechste in der Region Cauca getötet worden. Daneben hat es zwischen dem 01.01. und 05.02.22 bereits vier Massaker mit 13 Todesopfern in Cauca gegeben sowie zwei Ereignisse von Massenvertreibungen und drei Entführungsfälle. In der Region sind diverse FARC-Gruppierungen, darunter die Segunda Marquetalia und das Comando Coordinador de Occidente mit weiteren Untergruppen sowie die ELNGuerilla, aktiv.

14. Februar 2022

Anschlag auf eine Militärbasis im Bundesstaat Meta

Am 09.02.22 sind bei einem Terroranschlag in Granada im Bundesstaat Meta laut Angaben des Verteidigungsministeriums in der Nähe des Militärstützpunktes Bataillon 21 Vargas ein Soldat getötet sowie sechs weitere verletzt worden.

28. Februar 2022

Politische Gewalt im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen

Laut einer Erhebung der Stiftung Frieden und Versöhnung (Paz y Reconciliación, Pares) ereigneten sich im Vorfeld der Wahlen zwischen dem 13.03.21 und 13.02.22 insgesamt 124 Akte politischer Gewalt, von denen insgesamt 163 Personen betroffen waren. Während 144 Personen bedroht worden sein sollen, hat die Stiftung auch 19 getötete Personen aus dem politischen Bereich registriert, betroffen waren insbesondere Gemeinderäte und Bürgermeister über das Parteienspektrum hinweg ebenso wie unabhängige oder Personen ohne offizielle Parteilugehörigkeit. Die am stärksten von Akten politischer Gewalt beeinträchtigten Parteien waren Colombia Humana, Alianza Verde und Partido Conservador. Die jüngsten Taten konzentrierten sich dabei vor allem auf die Regionen Valle del Cauca (14), Magdalena (11), Antioquia (10), Cauca (10), Bogotá (8), La Guajira (7) und Norte de Santander (7). Die Gewalt ist vor allem in den letzten fünf Monaten des Beobachtungszeitraums angestiegen. Insgesamt registrierte Pares jedoch geringere Gesamtzahlen an Akten und Betroffenen als vor den letzten Regionalwahlen 2019.

Arauca: FARC-Dissidenten bei Militäroffensive getötet, Kämpfe zwischen ELN und FARC-Dissidenten

Am 23.02.22 haben die Streitkräfte laut Regierungsangaben im Rahmen einer gemeinsamen Offensive von verschiedenen Militäreinheiten und Polizei in Puerto Rondón in der Region Arauca 23 FARC-Dissidenten der Frente 10, darunter auch deren Anführer Jorge Eliecer Jimenez, alias Arturo, sowie deren politischen Kopf Ernesto Devia Mejía, alias Ernesto, getötet. Fünf weitere Mitglieder sind festgenommen worden. In der Region haben sich die Kämpfe zwischen der Ejército de Liberación Nacional (ELN) und der FARC-Dissidentengruppe Frente 10 in den letzten Wochen zunehmend intensiviert. Bereits in der Woche zwischen dem 05.02. und 11.02.22 sind bei bewaffneten Zusammenstößen zwischen diesen Gruppen Medienberichten zufolge vier Angehörige der Frente 10 von ELN-Mitgliedern in Arauca getötet worden. Frühere Waffenstillstandsvereinbarungen sowie die Aufteilung illegaler Sektoren wurden von der Frente 10 mit der Verkündung einer öffentlichen Kriegserklärung per Video gegen die ELN in Arauca bereits am 07.01.22 in Frage gestellt, Gebietsstreitigkeiten haben auch deshalb seither erheblich zugenommen. Der Konflikt erstreckt sich zudem grenzübergreifend auch auf den venezolanischen Bundesstaat Apure, wo immer wieder von bewaffneten Auseinandersetzungen insbesondere zwischen der Frente 10 und der FARC-Dissidentengruppe Segunda Marquetalia berichtet wird, teils auch einer Involvierung venezolanischer Streitkräfte oder der mutmaßlich mit der Segunda Marquetalia verbündeten ELN.

Verfassungsgericht entkriminalisiert Abtreibungen

Am 21.02.22 hat das Verfassungsgericht eine Abtreibung bis zur 24. Schwangerschaftswoche durch Anpassung des entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzbuches legalisiert. Bisher wurden der Generalstaatsanwaltschaft zufolge jährlich etwa 400 Verfahren eingeleitet, mindestens 350 Personen sind seit 2006 in entsprechenden Fällen

verurteilt worden. Darüber hinaus werden laut Schätzungen jährlich mehr als 350.000 illegale Abtreibungen vorgenommen, die insbesondere in ländlichen Regionen auch immer wieder den Tod von Frauen zur Folge haben.

Bewaffneter Streik der Nationalen Befreiungsarmee ELN

Von 23.02. bis 26.02.22 hat die ELN einen landesweiten bewaffneten Streik angekündigt und umgesetzt. In diesem Zeitraum führte die Organisation laut der NGO Indepaz mindestens 56 bewaffnete Aktivitäten insbesondere in den Regionen Norte de Santander, Cauca, Valle del Cauca, Chocó, Nariño, Casanare und Huila. Regierungsangaben zufolge haben daneben auch in den Departements Santander und Cesar größere Aktionen stattgefunden. Es wurden u.a. Straßensperrungen und Blockaden, die Installierung von Sprengsätzen an mehreren Stellen, Fahrzeugexplosionen und -brände sowie eine Brückensprengung nahe Pailitas in der Region Cesar vermeldet. Bei einer Explosion in San Gil con El Socorro in Santander wurden sieben Mitarbeitende des Instituto Nacional de Vías (Invias) verletzt. Die ELN hat vor allem strategische Infrastrukturziele angegriffen, zahlreiche Buslinien stellten ihren Service in besonders betroffenen Gebieten vorübergehend ein, auch der Grenzübergang auf dem Flussweg nach Venezuela ist seit dem 23.02.22 geschlossen. Mit diesem Streik demonstrierte die ELN u.a. gegen die Regierung des amtierenden Staatspräsidenten Duque.

Tod eines Unterzeichners des FARC-Friedensabkommens

Am 24.02.22 ist in der neuen Wiedereingliederungszone (NAR) von La Granja in Puerto Guzmán, Putumayo der ehemalige FARC-Kämpfer und Unterzeichner des Friedensabkommens Jorge Santofimio getötet worden. Er ist 8 damit der sechste getötete ehemalige FARC-Kämpfer im Jahr 2022, der 305. seit der Unterzeichnung des Abkommens 2016. Vier weitere Personen wurden verletzt. Er wurde bei einer Versammlung der von ihm gegründeten Kooperative Comucon (Cooperativa Multiactiva Comunitaria del Común) erschossen, welche Teil des nationalen Projektes zur Substitution illegaler Anbaukulturen (Plan Nacional Integral de Sustitución de Cultivos Ilícitos, PNIS), wie Koka, ist und setzte sich für den Friedenserhalt in Putumayo ein.

07. März 2022

Jahresbericht des Hohen Kommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte

Bei der Vorstellung des Jahresberichts zur Menschenrechtssituation in Kolumbien 2021 hat die dortige Vertreterin des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte am 03.03.22 vor einem erheblichen Anstieg des Gewaltniveaus und der Menschenrechtsverletzungen gewarnt. So sind nicht nur die Zahl verifizierter Tötungen mit 78 (vgl. BN v. 17.01.22) und die allgemeine Rate an Tötungsdelikten im Vergleich zum Vorjahr angestiegen, auch die Bedrohungslage für Menschenrechtsverteidigende und líderes sociales (soziale Führungsfiguren) hat sich intensiviert, die gewaltsame Vertreibung aufgrund der Präsenz bewaffneter Gruppen mehr als verdoppelt (2020: 26.291, Januar bis November 2021: 72.388). Auch Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit von fast 58.000 Menschen aufgrund von Landminen und bewaffneten Gruppen sind im selben Zeitraum verzeichnet worden. Der Bericht wertet die Militarisierung besonders von der volatilen Sicherheitslage betroffener Gebiete als nicht ausreichend, um den Einfluss nichtstaatlicher bewaffneter Akteure zu begrenzen und empfiehlt eine Verstärkung der staatlichen zivilen Präsenz, insbesondere in den ländlichen Regionen der Departments Antioquia, Amazonas, Arauca, Caquetá, Cauca, Bolívar, Chocó, Nariño, Norte de Santander Putumayo und Valle del Cauca. Auch die Menschenrechtsverletzungen und Tötungsdelikte durch staatliche Sicherheitskräfte während der sozialen Proteste (sogenannte Paro Nacional) im Frühjahr und Sommer 2021 werden abermals (vgl. BN v. 20.12.21) aufgeführt. Zudem gibt der Bericht an, die Pandemie habe die soziale Ungleichheit im Land weiter vertieft und die Situation der Bildung beeinträchtigt. Der Ausfall des Präsenzunterrichts habe beispielsweise in Antioquia das Risiko der Rekrutierung Minderjähriger durch bewaffnete Gruppierungen oder kriminelle Organisationen verstärkt. Als positiv bezeichnet der Bericht hingegen u.a. die Demobilisierung von mindestens 13.000 ehemaligen FARC-Kämpfern seit dem Friedensabkommen 2016 sowie die Aktivitäten der Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP) und der Wahrheitskommission.

14. März 2022

Parlamentswahlen 2022: Anschläge und Ergebnisse der Vorwahlen für die Präsidentschaftswahl

Bei den Parlamentswahlen am 13.03.22 sind laut Angaben der Streitkräfte trotz erhöhter Sicherheitsmaßnahmen bei Bombenanschlägen in den Departements Caquetá und Meta mindestens zwei Soldaten getötet sowie zwei weitere verletzt worden. Bei den Wahlen wurden neben 108 Senatssitzen auch 188 Sitze im Abgeordnetenhaus (cámara de representantes) vergeben. Einige dieser Mandate sind fest für afrokolombianische und indigene Minderheiten reserviert, daneben erhält die Partei Comunes aus ehemaligen FARC-Angehörigen seit dem Friedensabkommen 2016 jeweils fünf Sitze in jeder Kammer. Zudem werden, wie im Friedensabkommen 2016 verankert, 16 Sitze des Abgeordnetenhauses in sogenannte Übergangswahlkreisen für den Frieden (Circunscripciones Transitorias Especiales de Paz, Citrep) gewählt, die Personen in besonders vom internen bewaffneten Konflikt betroffenen Gegenden zu mehr politischer Beteiligung verhelfen sollen. Zusätzlich sind in Vorwahlen der drei großen Koalitionen deren Kandidierende für die Präsidentschaftswahlen am 29.05.22 gewählt worden. In diesen werden folglich Gustavo Petro für das linksgerichtete Wahlbündnis Pacto Histórico, Federico Gutiérrez für die rechtskonservative Equipo por Colombia und Sergio Fajardo für die eher mittig orientierte Centro Esperanza antreten.

28. März 2022

Jahresbericht IKRK 2021: Anstieg der Gewalt, sechs nicht-internationale bewaffnete Konflikte

Laut des am 23.03.22 veröffentlichten Jahresberichts des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) hat die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung 2021 erheblich zugenommen und die Zahl der von ihren Auswirkungen Betroffenen einen neuen Höchststand seit dem FARC-Friedensabkommen 2016 erreicht. Zahlen dokumentieren eine Zunahme der Massenvertreibung um fast 150 % im Vergleich zu 2020, besonders betroffen waren die Departements Nariño, Chocó, Cauca und Valle del Cauca. Mehr als 480 Personen sind Opfer von Antipersonenminen geworden, fast 170 Fälle von Verschwindenlassen wurden dokumentiert. Das IKRK spricht in diesem Zusammenhang von sechs aktiven innerstaatlichen Konflikten 2021, davon drei zwischen Regierungsakteuren und verschiedenen bewaffneten nichtstaatlichen Gruppierungen (ELN, AGC, FARC-Nachfolgegruppen). Die Konfliktdynamik ist hoch, Einflussgebiete variieren, Zwangsrekrutierungen finden statt.

Totes Kind und elf Verletzte bei Anschlag in Bogotá

Bei einem Sprengstoffanschlag auf eine Polizeistation in Bogotá sind am 26.03.22 mindestens elf Personen verletzt worden, ein Kind erlag seinen Verletzungen, eine Fünfjährige schwebt weiter in Lebensgefahr.

04. April 2022

HRW-Bericht: Menschenrechtsverletzungen, Zusammenarbeit ELN mit venezolanischen Sicherheitskräften

In einem neuen, u.a. auf Zeugeninterviews basierenden Bericht vom 28.03.22 spricht Human Rights Watch (HRW) von zahlreichen Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilgesellschaft im kolumbianisch-venezolanischen Grenzgebiet, begangen von Angehörigen der FARC-Dissidentengruppen sowie der ELN-Guerilla. Der Bericht macht vorgenannte Gruppen für einen erheblichen Gewaltanstieg in den ersten Monaten 2022, mindestens 103 Tötungsdelikte zwischen Januar und Februar 2022 im kolumbianischen Bundesstaat Arauca, gewaltsame Vertreibung entlang der Grenze, Verschwindenlassen, Entführungen sowie Zwangsrekrutierungen, auch Minderjähriger, verantwortlich. Die ELN habe dabei teilweise gemeinsam mit venezolanischen Sicherheitskräften, insbesondere Angehörigen der Streitkräfte (FANB) und der Nationalgarde (GNB), gegen Post-FARC-Gruppierungen operiert. Zeugenberichten zufolge seien die Sicherheitskräfte auch in Übergriffe der ELN involviert gewesen.

11. April 2022

Auslieferung des „Clan del Golfo“-Chefs Otoniel

Am 06.04.22 hat der Oberste Gerichtshof der Auslieferung des im Oktober 2021 festgenommenen Anführers der narcoparamilitärischen Gruppierung Clan del Golfo, Dairo Antonio Úsuga, alias Otoniel, in die USA zugestimmt.

Mutmaßlich sieben Zivilpersonen bei Militäroperation in Putumayo getötet

Bei einer Sicherheitsoperation des Militärs in der ländlichen Gemeinde Puerto Leguizamo, Putumayo, sind am 28.03.22 mindestens elf Menschen getötet worden. Während das Verteidigungsministerium angab, es handle sich dabei um Mitglieder der FARC-Dissidentengruppe Comandos de la Frontera, sprechen NGOs sowie die Nationale Organisation indigener Völker des kolumbianischen Amazonas (Opiac) von mindestens sieben getöteten Zivilpersonen, darunter ein indigener Gemeindeführer. Auch die nationale Ombudsstelle bestätigte erhebliche Zweifel an der offiziellen Version und forderte eine unabhängige Untersuchung der Ereignisse.

02. Mai 2022

Auslieferung Otoniels in Vereinigte Staaten suspendiert

Am 29.04.22 hat der Oberste Verwaltungsgerichtshof die Auslieferung des Clan del Golfo-Chefs alias Otoniel in die USA suspendiert, nachdem eine Gruppe von Betroffenen Klage eingereicht hatte. Sie argumentierten, dass Otoniel zunächst vor der Sonderjustiz für den Frieden in Kolumbien aussagen solle.

Demonstrationen im Gedenken an Paro Nacional

Bei Demonstrationen im Gedenken an die Proteste im Frühjahr 2021 (sog. Paro Nacional), bei denen zahlreiche Menschen getötet wurden, kam es laut Innenminister Palacios am 28.04.22 zu kleineren Zwischenfällen in den Städten Bogotá, Medellín, Tunja, Popayán und Pereira. Polizeiangaben zufolge sind 47 Personen festgenommen worden, drei Polizeibeamte wurden verletzt.

09. Mai 2022

Clan del Golfo-Chef Otoniel ausgeliefert

Am 04.05.22 wurde der ehemalige Anführer des Clan del Golfo, Dairo Antonio Usaga, alias Otoniel, an die USA ausgeliefert und kam in New York in Untersuchungshaft. Der kolumbianische Präsident Iván Duque schrieb dazu auf Twitter „Heute triumphieren Legalität, Rechtsstaatlichkeit, öffentliche Gewalt und Gerechtigkeit“ und verglich Otoniel mit Pablo Escobar. Zuvor hatte der Oberste Verwaltungsgerichtshof eine vorläufige Anordnung zur Aussetzung der Auslieferung des Clan-Chefs (vgl. BN v. 02.05.22) aufgehoben. Otoniel, der nach Angaben der kolumbianischen Behörden mit dem Clan del Golfo jährlich ca. 200 Tonnen Kokain schmuggelte, wurde im Oktober 2021 in der Provinz Antioquia verhaftet. Neben Drogenhandel wird Otoniel auch Mord, Erpressung, Entführung und Rekrutierung Minderjähriger vorgeworfen. In den USA ist er wegen Drogenhandels, Verschwörung und illegalem Waffenbesitz angeklagt und steht auf der Liste der meistgesuchten Personen der US-Drogenbehörde.

Clan del Golfo verübt mehrere Anschläge

Bei mehreren Anschlägen auf Autobahnen im Norden Kolumbiens wurden mindestens 100 Fahrzeuge durch Angehörige des Clan del Golfo zerstört. Zuvor kündigte der Clan einen „bewaffneten Streik“ an, um gegen die Auslieferung des ehemaligen Anführers Otoniel zu protestieren. Nach den Angriffen, die hauptsächlich in den Provinzen Antioquia, Bolivar, Cordoba und Sucre durchgeführt wurden, seien laut Innenminister Daniel Palacios 44 Personen festgenommen worden. Zudem kündigte Verteidigungsminister Diego Molan an, einen Suchblock der Streitkräfte einzurichten und Patrouillen in Städten, Gemeinden und entlang der Autobahnen zu verstärken. Ferner wurde die Belohnung für Informationen, die zur Verhaftung der neuen Anführer des Clans, Wilver Giraldo und Jesus Avila Villadiego, alias Sipoas bzw. Chiquito Malo, führten auf rd. 1,2 Mio. USD erhöht.

16. Mai 2022

26 Tote nach Anschlagsserie im Norden

Am 09.05.22 meldete die Einheit für Ermittlungen und Anklage (UIA) der Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP), dass während der viertägigen Anschlagsserie durch Angehörige des Clan del Golfo im Norden Kolumbiens (vgl. BN v. 09.05.22) 24 Zivilisten und zwei Angehörige der Streitkräfte getötet worden seien. Außerdem habe es 26 Straßenblockaden, 138 eingeschlossene Gemeinden und 22 Angriffe auf die öffentliche Gewalt gegeben. Das Verteidigungsministerium meldete hingegen, dass drei Zivilisten, ein Polizist und zwei Soldaten ums Leben gekommen seien. Hintergrund der Anschlagsserie, die hauptsächlich in den Provinzen Antioquia, Bolivar, Cordoba

und Sucre stattfand, war die Auslieferung des ehemaligen Clan-Chefs, Dairo Antonio Usaga, alias Otoniel, vom 04.05.22 an die USA.

23. Mai 2022

ELN verkündet Waffenruhe während der Präsidentschaftswahlen

Am 16.05.22 kündigte die Guerillagruppe Ejército de Liberación Nacional (ELN) in einer Mitteilung eine zehntägige Waffenruhe während der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen am 29.05.22 an. Der einseitige Waffenstillstand soll demnach vom 25.05. bis 03.06.22 gelten, die bewaffnete Gruppe behält sich jedoch das Recht der Selbstverteidigung vor. Nach Expertenansicht versuche die ELN, sich für künftige Friedensgespräche zu positionieren, die unter Präsident Iván Duque im Jahr 2019 nach einem Anschlag in einer Polizeiakademie, bei dem 21 Personen ums Leben kamen, beendet wurden. In der aktuellen Mitteilung deutete die ELN an, dass eine neue Verhandlungslösung ausgehandelt werden könnte, sobald Duques Nachfolger gewählt sei und sein Amt angetreten habe.

30. Mai 2022

Linkskandidat Petro gewinnt erste Wahlrunde

Der Linkskandidat Gustavo Petro gewann nach offiziellen Angaben die erste Wahlrunde der Präsidentschaftswahl. Nach Auszählung von 99 % der Wahlzettel am 29.05.22 kam Petro auf mehr als 40 % der Stimmen. Der unabhängige Unternehmer Rodolfo Hernández konnte 28 % auf sich vereinen. Auf Platz drei wurde der konservative Kandidat und ehemalige Bürgermeister Medellíns, Federico Gutiérrez, der in den Umfragen zuletzt auf dem zweiten Platz lag, mit rd. 24 % gewählt. Präsident Iván Duque durfte nicht wieder kandidieren. Am 19.06.22 findet die Stichwahl statt.

13. Juni 2022

Gentil Duarte (FARC) in venezolanischem Bundesstaat Zulia getötet

Nach zahlreichen Medienberichten gab der kolumbianische Verteidigungsminister Molano am 26.05.22 die Tötung von Miguel Botache Santanilla, alias Gentil Duarte, am 04.05.22 im venezolanischen Bundesstaat Zulia bekannt, was FARC-Dissidenten am 30.05.22 bestätigten. Die Beschreibungen des genauen Tathergangs bzw. der Urheberschaft der Tötung variieren jedoch erheblich: Während FARC-Dissidenten die Tötung den kolumbianischen Streitkräften zuschreiben, sprechen andere Quellen von Zusammenstößen bzw. einem Angriff durch Mitglieder der ELN oder weiterer konkurrierender krimineller Gruppierungen, die zum Tod des einflussreichen Anführers der 7. FARC-Front führten.

20. Juni 2022

Linkskandidat Petro gewinnt Präsidentschaftswahl

Am 19.06.22 gewann Gustavo Petro nach offiziellen Angaben die Stichwahl um das Präsidentenamt. Nach vorläufiger Auszählung kam Petro auf 50,49 % der Stimmen, der unabhängige Unternehmer Rodolfo Hernández, der die Wahlniederlage anerkannte, erhielt 47,26 %. Petro gehörte in seiner Jugend der ehemaligen Guerilla Gruppe Movimiento 19 de Abril (M-19) an und war nach seiner Abkehr u. a. Diplomat in Belgien sowie Bürgermeister der Hauptstadt Bogotá. Er ist der erste linksgerichtete Politiker des Landes, der eine Präsidentschaftswahl gewinnen konnte. In seinem Wahlprogramm versprach er die große Ungleichheit in der Bevölkerung durch kostenlose Universitätsausbildung und Rentenreformen zu stoppen, das Friedensabkommen mit der Guerillagruppe Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) vollständig umzusetzen und Verhandlungen mit den immer noch aktiven ELN-Rebellen zu suchen. Zudem möchte er die Ausbeutung von Rohstoffen bremsen und Unternehmen stärker besteuern. Petros Mitstreiterin, die Menschenrechtsaktivistin und Umweltschützerin Francia Márquez, wird die erste designierte afro-kolumbianische Vizepräsidentin des Landes. Sie kämpfte in der von der Gewalt besonders betroffenen Region Cauca gegen illegale Minen und erhielt 2018 den Goldman-Preis.

